WP-01-K1-035

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	Manfred Kamm (KV Harburg-Land)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 34 bis 36 einfügen:
Arbeitsplätze bietet und vor Ort verankert ist: eine Wirtschaft im Dienst der Menschen. Basierend auf der Idee des Erfinders der Sozialen Marktwirtschaft wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese weiterentwickeln und umsetzen. Die Weiterentwicklung zur zukunftsfähigen und nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft ist notwendig und überfällig. Darüber hinaus soll eine Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft berücksichtigt werden. Der Zwang zum Wachstum soll somit beendet werden. Der Gesetzgeber richtet ein Sondervermögen-Daseinsvorsorge ein. Dieses Sondervermögen wird durch Abgaben und Steuern der Reichen und Superreichen generiert. Um dem Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft gerecht zu werden, sollen Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge rückabgewickelt werden. Sie sind nicht zulässig. Bei Bedarf ist die mögliche Rückabwicklung einer Prüfung zu unterziehen.

Die Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft wird ins Grundgesetz aufgenommen. Darüber hinaus wird diese zur Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft entwickelt. Eine starke Wirtschaft ist nicht nur Bedingung unseres Wohlstandes, sondern auch Voraussetzung für Zusammenhalt und Stabilität im Inneren, für unser

Begründung

Erläuterung:

- Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Leitbild.
- Die Zielsetzung der Sozialen Marktwirtschaft ist ein größtmöglicher Wohlstand für alle, bei bestmöglicher sozialer Absicherung.
- Wirtschaft und Soziales stehen sich gleichberechtigt im „pari“ gegenüber.
- Sozial bedeutet: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, sozialer Fortschritt und gesicherte Freiheit.
- Ziel: Einkommens- und Vermögensunterschiede gering zu halten, um sozialen Frieden zu gewährleisten.
- Ziel: „Starker Staat“, der die Wirtschaft bei Bedarf bewusst und sozial steuern kann, soll und muss.

Begründung:

Die erste Regierung der Bundesrepublik, bestehend aus CDU/CSU/FDP/DP, hat es bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft vorsätzlich unterlassen, das grundlegende Segment, Einkommens- und Vermögensverhältnisse sozialverträglich zu halten, zu verankern.

Stattdessen wurde 1952 der Lastenausgleich eingeführt, um von dieser Tatsache abzulenken und die Bevölkerung ruhig zu halten. Die Regierung hatte sehr starke Bedenken, die Bevölkerung könne sich für ein anderes Wirtschaftsmodell entscheiden.

In dieser Zeit haben die CDU/CSU/FDP/DP die Deutungshoheit an sich gezogen, was Soziale Marktwirtschaft sei. Seitdem ist eine offene und weiterentwickelnde Diskussion bezüglich der Sozialen Marktwirtschaft kaum möglich, obwohl der Erfinder dieses festgeschrieben hat und einfordert.

„Garant eines nachhaltigen Wohlstandes für alle

Die Soziale Marktwirtschaft ist gemäß ihrer Konzeption kein fertiges System, kein Rezept, das einmal gegeben, für alle Zeiten im gleichen Sinne angewendet werden kann. Sie ist eine evolutive Ordnung, in der es neben dem festen Grundprinzip, dass sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig ist, Akzente neu zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit.“

Alfred Müller-Armack, Nationalökonom und Kultursoziologe, 1956

„Es wird die zukünftige Aufgabe sein, unserer Lebensordnung den Charakter einer echten Verfassung der Sozialen Markwirtschaft zu geben.“

Zitat aus dem Buch: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Ausgewählte Werke / Alfred Müller-Armack, 1981

weitere Antragsteller*innen

Jonas Klee (KV Gifhorn); Claus Lorenzen (KV Harburg-Land); Maria Angela Sanchez Fernandez (KV Harburg-Land); Rossella Leonforte (KV Harburg-Land); Joachim Firzlaff (KV Harburg-Land); Dirk Krowke (KV Harburg-Land); Eckhard Frommke (KV Harburg-Land); Sabine Brand (KV Harburg-Land); Cornelia Schwanemann (KV Harburg-Land); Helge Philipp (KV Lüneburg); Judith von Witzleben-Sadowsky (KV Harburg-Land); Volkmar Block (KV Harburg-Land); Lukas Lege (KV Harburg-Land); Ilona Weseloh (KV Harburg-Land); María Máñez (KV Harburg-Land); Jürgen Janssen (KV Wesermarsch); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Koi Katha Blaeser (KV Düren); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.